V-10

Antrag zur Schließung des Facebook-Auftritts von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Jörg Witzel (KV Hochtaunus)
Tagesordnungspunkt:	Verschiedenes (nicht gerankt)

Antragstext

Die Bundespartei soll innerhalb von zwei Monaten den Facebook-Account der Partei auf einen Link zur Website www.gruene.de reduzieren, ggf. ergänzt um Argumente und Links, warum dies geschehen ist.
Die Frist beginnt sofort nach Beschluss. In den zwei Monaten sollen alle Inhalte auf Facebook *entfernt oder* in unseren eigenen Web-Auftritt oder ins Grüne Netz übertragen werden und nur entsprechende Hinweise noch auf Facebook veröffentlicht werden.
Die Landes-, Kreis- und Ortsverbände werden mit Termin aufgefordert, ihre Facebook-Auftritte ebenfalls zu schließen bzw. auf das oben beschriebene Maß zu reduzieren.

Begründung

Langsam kommt es auch in der Bevölkerung und der Presse an, welchen Schaden Facebook für unsere Gesellschaft anrichtet:

- "Ich glaube, dass die Produkte von Facebook Kindern schaden, Spaltung anheizen und unsere Demokratie schwächen"
- Enthüllungen zu Indiengeschäft bringen Facebook weiter unter Druck
  - Ab Dezember 2019 wurde demnach von Facebook-Analysten ein starker Anstieg von „Gerüchten und Aufrufen zur Gewalt“ festgestellt. Besonders auf dem zugehörigen Kurznachrichtendienst WhatsApp kursierten im Februar 2020 Falschinformationen, als bei Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen in [Indien](https://www.zeit.de/thema/indien) dutzende Menschen starben.*
- Facebook-Seiten der Bundesbehörden sollen in die Tonne;
  - Der Bundesdatenschutzbeauftragte Kelber hat bereits [im Mai 2019 in einem Rundschreiben] (https://fragdenstaat.de/anfrage/rundschreiben-vom-20052019-facebook/613229/anhang/32443_2019Facebook-AuftritteOBB_geschwaerzt.pdf) an alle obersten Bundesbehörden klargestellt, dass die Nutzung der Facebook-Seiten nicht der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) entspreche.
- Warum es jetzt Zeit ist, dich von Meta zu befreien
  - Das mit den 12 Menschen in diesem Artikel stimmt nicht. Es sind 12 Organisationen/Publisher laut [CCDH Original-Quelle](https://www.counterhate.com/toxicten).
- Wem Hetze, Fake News und Datenklau nicht Gründe genug sind, diesen Konzern nicht weiter zu unterstützen: J. Böhmermann weist darauf hin, dass da noch Sklavenhandel in arabischen Ländern mit sog. Haushaltshilfen hinzukommt: "Facebook arbeitet auf der ganzen Welt mit verrückten Faschisten zusammen und fackelt die Demokratien der Erde ab." (ZDF Magazin Royale vom 10. Dezember 2021)
  - Man mag von Böhmermann viel oder wenig halten. Für diese Sendung ist er von Facebook bisher nicht verklagt worden. Warum wohl?

Da mehrfach schon, das Argument aufgebracht wurde: Man dürfe den Radikalen nicht das Feld überlassen.

Das Problem liegt im Kern nicht bei den Inhalten, die auf Facebook veröffentlicht werden, sondern im dahinter stehenden Geschäftsmodell!
Wenn wir auf Facebook politische Inhalte veröffentlichen, werden Profile aller Menschen erstellt, die unsere Facebook-Seiten benutzen und diese Daten werden dann verkauft. Wenn ich genau registrieren kann welche Artikel jemand liest und welche Post der Grünen jemand mit einem Like versieht oder kommentiert, kann ich ein sehr genaues Profil seiner/ihrer politischen Ansichten erstellen. Und das wird von Facebook auch gemacht!

Ich glaube, wenn wir uns als erste Partei von Facebook verabschieden, bekommen wir mehr Aufmerksamkeit als durch den Facebook auftritt. Wahrscheinlich sind die meisten sog. Follower sowieso Parteimitglieder. **Davon abgesehen ist dies ein prinzipielle und eine rechliche Frage.** Was sind wir bereit größere "Reichweite" zu opfern und wollen wir warten bis wir wg. DSGVO-Verletzungen verklagt werden?

weitere Antragsteller*innen

Eleonore Grabowski (KV Wesel); Saskia Dittgen (KV Brandenburg/Havel); Erich Minderlein (KV Ortenau); Herbert Lange (KV Landshut-Land); Andreas Herzog (Hannover RV); Andreas Martin (KV Frankfurt); Svenja Tidow (KV Pinneberg); Stefan Schubert (KV Solingen); Karl Hertkorn (KV Sigmaringen); Jutta Witzel (KV Hochtaunus); Kilian Witzel (KV Hochtaunus); Andreas Saakel (KV Lahn-Dill); Peter Staudt-Fischbach (KV Frankfurt-Oder); Christoph Schultz (KV Uelzen); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Norbert Tretkowski (KV Schleswig-Flensburg); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Christian Tramnitz (KV Hochtaunus); Cornelia Furtwängler (KV Biberach); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.